

Rückwidmung in der Schutzzone Khleslplatz

Die unterzeichnenden Bezirksräte von PH stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2026 gemäß § 24 GO-BV (resp. § 104 WStv) folgenden

Antrag

Die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Stadtwerke möge für den Bereich der historischen Schutzzone KHLESLPLATZ unverzüglich ein Bauverbot anordnen und begleitend dazu eine Bausperre samt Rückwidmungsverfahren auf die Bestimmungen der Flächenwidmung PD Nr. 7521 in die Wege leiten.

Begründung

Umfangreiche Recherchen ergaben, dass die hinterfragenswerten Widmungsabläufe zur Schutzzone Khleslplatz im Windschatten aussergewöhnlich lukrativer Grundstücksbewegungen zum BIG-Schulprojekt „An den Eisteichen“ gesegelt sind.

Eine Kombination aus

- aussergewöhnlicher Wertsteigerung (Faktor 22!)
- zeitlicher Nähe zu öffentlichen Standortentscheidungen
- frühen, wohlwollend bewerteten Widmungsansuchen (2021!)
- wechselseitigen Grundstücksbewegungen
- Eingriffen in die, seit 1973 bestehende Schutzzone (z.B. Missachtung der Bestimmungen im MASTERPLAN PARTIZIPATION und PLANUNGSTRANSparenZ; Ignorieren der Wiener Bauordnung; Umwidmung historischer, mit Bauverbot belegten Gärten zu Bauland; Verkleinerung der Schutzzone; verweigerte Visualisierung der geplanten Bauprojekte; etc.)
- ersatzlosem Ausfall (Befangenheit) ausgerechnet des im Fachbeirat für Stadtgestaltung einzigen Landschaftsarchitekten
- Verstößen gegen die Geschäftsordnung in gemeinderätlichen Gremien
- dem demokratiepolitisch bedenklichen Unterlaufen des Petitionsverfahrens
- dem illegalen Abriss des geschützten, 400 Jahre alten Taubenschlags

lässt eine Verknüpfung von öffentlichem Schulbau, privaten Bauprojekten, Grundstücksarrondierungen und parallelen Widmungsänderungen erkennen.

Fazit: Die aktuelle Flächenwidmung PD Nr. 8387 ist das Ergebnis von Machenschaften, welche die Wünsche eines Privatinvestors über das Gemeinwohlinteresse gestellt haben, welche das historische Kulturerbe Khleslplatz der Verbauung preisgeben und darüber hinaus die Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

Für den Klub

Mag. Franz Schodl

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, Grünen, Neos und KPÖ abgelehnt.